

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 421 22. Oktober 2008

15. Jahrgang

Die technische Seite des Archivs

Im Sommer 2005 wurde in der Zone 6 der guatemaltekischen Hauptstadt das Archiv der ehemaligen Nationalpolizei gefunden, welches Millionen von Dokumenten enthält, die einerseits die guatemaltekische Polizeigeschichte der letzten hundert Jahre dokumentieren, andererseits aber auch aufschlussreiches Material über die Repressionspolitik der 80er Jahre enthält (siehe u.a. ¡Fijáte! Nr. 340 und 359).

Seit rund drei Jahren werden die im Archiv gefundenen Daten sorgfältig gereinigt, sortiert, klassifiziert und konserviert. Dies geschieht der aktuellen Technik gemäss digital. Eine regelmässig aktualisierte Kopie der aufbereiteten Daten wird im Schweizerischen Bundesarchiv gelagert. Dieser Tage war der guatemaltekische IT-Verantwortliche, Jorge Villagrán, zu einem Arbeitstreffen mit seinen Archiv-KollegInnen in der Schweiz, wo die Details der Übergabe, Handhabung und Aufbewahrung der Daten geklärt wurden. Die ¡Fijáte!-Redaktion nutzte die Gelegenheit, um in einem Gespräch mit Jorge Villagrán mehr über die technische Seite der Archivarbeit zu erfahren.

Frage: Was umfasst genau Ihre Arbeit im Archiv der Nationalpolizei?

Jorge Villagrán: Mein "Beruf" nennt sich Koordinator für Archivierungssysteme. Vorher hiess er Koordinator für IT- und Informationsprozesse, aber da ich nicht nur ein Techniker bin, sondern mich auch damit beschäftige, wie die Dokumente aufgearbeitet und systematisiert werden müssen, damit sie später für die Wissenschaft, die Justiz und die Allgemeinheit verwendbar sind, hat man meine Berufsbezeichnung etwas enttechnologisiert. Gleichwohl gehört der technische Teil immer noch zu meinem Job, ich bin z.B. für den Aufbau des Netzwerks und die Betreuung der Soft- und Hardware zuständig. Ausserdem leite ich das Team, welches die Dokumente einscannet. Wir arbeiten täglich an acht Scannern in zwei Schichten, von morgens sieben bis abends um halb neun Uhr.

Frage: Wie viele Seiten können an einem Tag eingescannet werden?

J.V.: Das kommt auf die Qualität des Materials an, das wir scannen. Wenn es sehr gut erhaltene Dokumente sind, die sich automatisch scannen lassen, kommen wir an einem Tag auf bis zu 50'000 Seiten. Wenn die Dokumente aber auf dünnem Papier sind, halb verbrannt oder verschimmelt, dann müssen wir jede Seite einzeln scannen, also einlegen wie bei einem Fotokopierer, und da schaffen wir dann vielleicht pro Tag nur 2'000 Seiten.

Ein weiterer Bereich meiner Arbeit ist die Führung und Verwaltung der Datenbank. Wir arbeiten mit einer speziellen, für unsere Bedürfnisse entwickelten Datenbank. Und zum Schluss bin ich noch für die technische Seite der Analyse und der Statistik zuständig. Wir machen mit einem ausgeklügelten Stichprobensystem eine quantitative Auswertung. Wir wollen herausfinden, wer die Täter, wer die Opfer sind, welcher Art die ausgestellten Dokumente waren und welcher Be- bzw. Misshandlung die AntragsstellerInnen ausgesetzt waren. Es geht aber auch darum, den Zustand der Dokumente festzuhalten.

Frage: Wie muss man sich dieses Stichprobensystem vorstellen? Werden alle Dokumente für diese Statistik verwendet, also auch ein Antragsformular für einen Fahrzeugausweis, oder nur solche, die offensichtlich etwas mit der Repression zu tun haben?

J.V.: Wir müssen zwischen der qualitativen und quantitativen Erfassung unterscheiden. Zur ersteren: Wir haben ein Team, das sehr selektiv Dokumente auswertet. Diese Leute reinigen, klassifizieren und ordnen die Dokumente nach bestimmten Kriterien und sortieren jene aus, die für uns "wertvollen" Inhalt haben im Hinblick auf Informationen über die Repression und mögliche Prozesse, die früher oder später geführt werden. Etwa 50 Personen sind nur mit diesem Putz- und Sortierungsverfahren beschäftigt.

Der quantitative, also der statistische Prozess, verläuft nach dem Zufallsprinzip, das aber ganz klare Regeln kennt. Das geht folgendermassen: Wir betreten einen Raum, vermessen seine Höhe, Tiefe und Breite, multiplizieren dieses Ergebnis mit einem Zufallsfaktor X und erhalten so die Koordinaten eines ganz bestimmten Punktes im Raum. An diesem Punkt gibt es (oder auch nicht - [lacht]) einen Korpus, ein Gestell oder eine Schachtel mit Dokumenten. Mit dem Korpus, dem Gestell oder der Schachtel machen wir dasselbe, wir vermessen, multiplizieren und bestimmen so ein ganz bestimmtes Dokument. Dieses Dokument plus die neun danebenliegenden werten wir in einem ersten Schritt nach archiv-spezifischen Kriterien (Zustand, Original oder Kopie, ganz oder kaputt, Brief, Formular, Telegramm etc.) aus. Danach folgt die AkteurInnen-Analyse: Wer hat das Dokument geschrieben, an wen ist es gerichtet, woher stammt die darin enthaltene Information. Dann erst wird der konkrete Inhalt angeschaut, auch hier konzentrieren wir uns auf für uns "wertvolle" Informationen. So können wir eine genaue Statistik führen, Zusammenhänge und Regelmässigkeiten feststellen und Muster erkennen. Wir stehen kurz davor, einen ersten statistischen Bericht zu veröffentlichen, der mit etwas Glück Ende des

Jahres publiziert wird.

Frage: Gibt es denn konkrete bzw. neue Erkenntnisse oder Überraschungen?

J.V.: Es kommt darauf an, was man unter Überraschungen versteht. Das spektakuläre Dokument mit der Unterschrift eines Polizeidirektors, der befiehlt, eine bestimmte Person zu entführen, gibt es nicht. Schliesslich handelt es sich hier um ein administratives Archiv. Aber es gibt auch so genügend wichtige und aufschlussreiche Informationen in dem Archiv. Zum Beispiel haben wir einen Befehl gefunden, dass ein Polizeiauto am Tag X an einen bestimmten Ort fahren soll, dass es so und so bemannt sein soll, und in einem anderen Dokument oder aus einer anderen Quelle wissen wir, dass an besagtem Tag und an besagtem Ort eine Person verschwunden und nie mehr wieder aufgetaucht ist. Solche Zusammenhänge haben wir aus den Dokumenten zu suchen und zu lesen gelernt. Es ist eine einmalige und einzigartige Arbeit, eine Arbeit sui generis, denn gemäss internationalen Normen sollte man ein Archiv zuerst sichern, dann beschreiben und erst zum Schluss untersuchen. In unserem Fall würde es aber 15 Jahre dauern, bis wir mit den Untersuchungen beginnen könnten und deshalb laufen die beiden Prozesse - Aufarbeitung des Archivs und erste Investigationen - parallel.

Frage: Ich habe gehört, dass einer der ersten Fälle, die untersucht werden sollen, derjenige von Fernando García, dem Ehemann der Kongressabgeordneten Nineth Montenegro ist?

J.V.: In Guatemala ist die Staatsanwaltschaft die einzige Institution, die berechtigt ist, Untersuchungen durchzuführen. Aber es gibt in der Verfassung eine Ausnahme, die sich auf die Untersuchung von Fällen von aussergerichtlichem Verschwinden bezieht. In solchen Fällen ist der Menschenrechtsprokurator rechtlich befugt, eine Untersuchung einzuleiten und durchzuführen. Im Moment liegen rund acht solche speziellen Fälle vor, die der Prokurator untersuchen lässt. Da ich aber für die technischen und nicht für die strafrechtlichen Verfahren zuständig bin, weiss ich nicht, wo diese Untersuchungen stehen.

Frage: Was genau machen Sie hier in der Schweiz?

J.V.: Ich kümmere mich um die Sicherheit des Archivs. Es gibt einen zentralen Server, auf dem alle eingescannten Dokumente gespeichert werden. In Guatemala selber wird an einem der Öffentlichkeits unbekanntem Ort auf einem Server eine Sicherheitskopie gespei-

chert, und wir haben ein zusätzliches Back-up. Aber in Guatemala weiss man nie, und man kann nie wirklich sicher sein, dass nichts passiert. Deshalb wurde mit den Staaten, die die Aufarbeitung des Archivs unterstützen - übrigens alles europäische Länder - nach einer Möglichkeit gesucht, auch eine Kopie ausserhalb Guatemalas zu lagern. Man entschied, dass diese Kopie im Schweizerischen Bundesarchiv gelagert werden sollte, und es wurde ein entsprechender Vertrag unterzeichnet. Meine Arbeit hier in der Schweiz besteht darin, mit den KollegInnen vom Bundesarchiv die praktische und technische Umsetzung dieses Vertrags zu besprechen. Die Schweiz hat das Projekt seit Beginn unterstützt, viel mehr auch auf politischer als auf finanzieller Ebene, was aber genauso wichtig ist.

Frage: Werden diese Daten in der Schweiz öffentlich zugänglich sein?

J.V.: Nein. Die Daten werden nur aufbewahrt und dem jeweils neuesten technischen Stand digitaler Archivierung angepasst. Es geht in erster Linie darum, eine Kopie an einem sicheren Ort aufzubewahren.

Frage: Und wenn in zehn Jahren in Guatemala ein Prozess durchgeführt wird und aus irgendwelchen Gründen nicht auf das guatemalteckische Archiv zurückgegriffen werden könnte, kann man in Bern eine Kopie der entsprechenden Dokumente anfordern.

J.V.: Genau. Das Problem ist aber, dass in Guatemala bei Gerichtsprozessen nur Originaldokumente als Beweismittel akzeptiert werden und elektronische Dokumente keine Gültigkeit haben. Für den Fall, dass diese Praxis einmal geändert werden sollte, müssen wir jetzt mit den KollegInnen in Bern schauen, wie garantiert werden kann, dass die digitalen Dokumente nicht verändert werden können, dass wir also sicher sind, dass sie 1:1 den papiernen Originaldokumenten entsprechen.

Frage: Es gibt ja auch die Idee, im Archiv ein Museum zu machen. Wie weit ist dieses Projekt schon vorangeschritten?

J.V.: Wir sind daran, uns von Fachpersonen beraten zu lassen, denn auch in diesem Bereich haben wir in Guatemala keine Erfahrung. Viel mehr als ein Museum, denke ich, sollte es eine Gedenkstätte werden. Aktuell gibt es so etwas wie ein kleines Museum im Archiv, wo man ein paar Fotos über den ursprünglichen Zustand des Archivs sehen und ein Zimmer besuchen kann, das aussieht wie damals eine Polizeiwache. Aber darum kann es ja nicht gehen.

Für mich sind drei Dinge wichtig: Erstens, dass es konkrete Resultate gibt aus der Aufarbeitung des Archivs, zweitens dass das Archiv öffentlich zugänglich gemacht wird, denn dieses Archiv gehört nicht der Regierung, nicht der Polizei, nicht dem Menschenrechtsprokurator, sondern dem guatemalteckischen Volk, und drittens eben die Errichtung einer Gedenkstätte.

Frage: Öffentlich zugänglich heisst, dass irgendwer eine bestimmte Information, z.B. über einen Verwandten, der verschwunden ist, anfordern kann?

J.V.: In dieser Frage gibt es in Guatemala keine juristisch verbindliche Grundlage. Im Moment gibt es kein Recht auf die Einsicht von Originaldokumenten. Vor ein paar Tagen wurde im Kongress das neue Gesetz über den öffentlichen Zugang zu Informationen verabschiedet. Ich persönlich befürchte aber, dass genau das Thema des öffentlichen Zugangs zu historischen Archiven zu wenig explizit berücksichtigt wurde in dem Gesetz oder die Frage, wann ein Dokument als "geheim" eingestuft wird oder wie ein "Staatsgeheimnis" definiert wird. Leider wurde, nicht zuletzt auf Druck der Medien, der Schwerpunkt des Gesetzes darauf gelegt, Informationen über die Bankkonten der Kongressabgeordneten oder eines Funktionärs zu bekommen. Ich will damit nicht sagen, dass in unseren korrupten Zeiten solche Informationen nicht wichtig wären, aber darüber wurde leider anderes vergessen. Wie hilfreich also das Gesetz für das Archiv ist, muss noch analysiert werden, und vielleicht wäre es besser, kein Gesetz zu

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto.Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net

Aboverwaltung
Ewald Seiler
Rahel-VarnhagenStr. 15
79100 Freiburg

fijate@web.de
Jahresabo: 55.- Euro
Auslandsabo: 60.- Euro
E-Mail-Abo: 50.- Euro
Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

haben als ein schlechtes.

Frage: Was geschah eigentlich mit der PolizistIn, die das Archiv "entdeckte" bzw. den Menschenrechtsprokurator darauf hinwies?

J.V.: Ana Corado ist nach wie vor die verantwortliche Offizierin für das Archiv. Sie machte eine ziemliche Entwicklung durch, es gab auch schwierige

Momente mit ihr. Man muss sich vorstellen, dieses Archiv war jahrelang ihr "Reich", sie und ihre Mitarbeiterinnen hatten eine Art geordnete Unordnung darin, und immer, wenn von der Staatsanwaltschaft ein Dokument angefordert wurde, haben sie es zielsicher und schnell gefunden.

Und dann kamen wir und haben uns in ihre "Ordnung" eingemischt. Für uns ist natürlich ihre Anwesenheit auch

sehr wichtig, denn als Vertreterin der Polizei ist sie auch eine Art Zeugin dafür, dass wir unsere Arbeit "richtig" machen bzw. keine falschen Dokumente einfügen oder solche entwenden. Unterdessen ist unsere Zusammenarbeit aber sehr gut und sie fragt uns immer häufiger, wenn sie ein Dokument sucht, weil sie gemerkt und akzeptiert hat, dass unser Ordnungssystem eigentlich ganz brauchbar ist.

Nach Jahren wird der Zugang zu Information gewährt

Guatemala, 10. Oktober. Nach acht Jahren des Diskussions um sechs Vorschlägen ist das Gesetz zum Informationszugang nun vom Kongress einstimmig gebilligt. Am 10.10. wollte Präsident Álvaro Colom es verabschieden, doch von diesem Akt ist anschliessend keine Rede mehr gewesen. Es fiel dem Parlament aber auch schwer, sich zu einigen! Und vor allem von seiner Macht ein Stück an die Gesellschaft abzugeben. Dabei besagt schon die Verfassung - und das Gesetz ist als Obligation auch in den Friedensverträgen verankert - dass der Staat verpflichtet ist, die Bevölkerung zu informieren, Transparenz zu garantieren und die Meinungsfreiheit zu fördern. Damit sollen nicht nur grundsätzlich die staatlichen Institutionen gestärkt werden, sondern die Pressefreiheit gewährt sowie eine Regelung für die Geheimhaltung von Staatsinformationen definiert werden, damit dieses Argument nicht wahllos herangezogen wird, um Information zurückzuhalten.

Nachdem Colom im April die als *Deklaration von Chapultepec* bekannte lateinamerikanische Meinungsfreiheitserklärung von 1994 unterzeichnet hat, konzentrierte sich schon bald die heftige Diskussion im Kongress um jene Gesetzesinitiative, die von den beiden Abgeordneten Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) und Rosa María de Frade von der *Fraktion Guatemala* vorgelegt worden war. Rückendeckung erhielten diese nicht nur von Vizepräsident Rafael Espada, der der *Nationalen Transparenz-Kommission* vorsitzt, sondern auch vom Verfassungsrechtler Mario Fuentes Destarac und von Manfredo Marroquín, dem Leiter der zivilgesellschaftlichen Monitoring-Instanz *Acción Ciudadana*.

Zudem hatten Institutionen wie die *Interamerikanische Pressegesellschaft* (SIP), *Transparency International* und auch die *Vereinigung der JournalistInnen Guatemalas* (APG) auf die Verabschiedung des Informationszugangsgesetzes gedrängt, sind doch ReporterInnen im ganzen Land in letzter Zeit wieder verstärkt Bedrohungen, Einschüchterungs- sowie Mordversuchen ausgesetzt, weil sie auf den unterschiedlichen

Verwaltungsebenen und nicht selten von der Bevölkerung selbst schlichtweg als unerwünschte Kontrollinstanz angefeindet werden.

Als einen der am wichtigsten proklamierten Aspekte wurde lange die Bestrafung der Zuwiderhandlung diskutiert. Festgelegt ist nun, dass der Person, die die Herausgabe von nicht geheimen Dokumenten verweigert, eine zwischen 1- und 3jährige Haftstrafe und ein Bussgeld von zwischen 10 und 50'000 Quetzales auferlegt wird, diejenige, die Dokumente fälscht oder zerstört, oder aber Daten verkauft, muss mit einer Haftstrafe zwischen 5 und 8 Jahren sowie einem Bussgeld von 50 bis 100'000 Quetzales rechnen.

Innerhalb von 10 Tagen nach Beantragung müssen nun zur Disposition gestellt werden Informationen hinsichtlich der Haushalte mit Einnahmen und Ausgaben jeder staatlichen Institution, der Ausschreibungen und Konzessionen beim staatlichen Erwerb von Gütern, die detaillierten Vertragsabschlüsse für Dienstleistungen, die Auflistung der internationalen Dienstreisen von FunktionärInnen auf Staatskosten, genaue Angaben zur Einstellung von Personal und deren Vergütung. Gleichzeitig und innovativ für Guatemala gibt es einen Absatz zum Datenschutz und die Garantie der Habeas Data, sprich, jeder BürgerIn hat ein Recht auf Einsicht in jegliche Informationen zur eigenen Person, die von niemandem ohne Einverständnis verändert werden dürfen.

Auch wenn die meisten Abgeordneten vor der Billigung auf Nachfrage versicherten, das Gesetz zu verabschieden, wurde dessen Lesung eine Reihe von Steinen in den Weg gelegt. Einer der offensivsten Gegner war der Abgeordnete Mariano Rayo von der *Partei Unionista*, Partei des Hauptstadtbürgermeisters Álvaro Arzú. Aufgrund dieser Verbindung wurde ob Rayos ständigen Einwänden gemunkelt, dass Arzú auf Biegen und Brechen verhindern wollte, Informationen über seine mit Unterbrechungen inzwischen dritte Amtszeit als Bürgermeister von Guatemala-Stadt anderen als dem Rechnungshof zur Verfügung zu stellen. Unabhängig davon liegt

ein besonderes Augenmerk im Rahmen des Gesetzes nicht nur bei Ärzú Verwaltung auf dem Umgang mit Treuhandfonds, die relativ beliebig und vor allem gerne als "Belohnungskasse" genutzt werden.

Auch das Militär versuchte, mit Hilfe des Postulats des Militärgeheimnisses und der Nationalen Sicherheit, seine Archive weiterhin unter Verschluss zu halten. Dennoch ist es nun Frage der noch nicht bekannten Definition der Nationalen Sicherheit, welche Dokumente tatsächlich geheimbleiben dürfen.

Hinsichtlich der im Interview geäusserten Besorgnis von Jorge Villagran, dem Recht auf Zugang zu historischen Archiven sei wenig Beachtung geschenkt, meinte der Leiter des Aufarbeitungsprojekts des Polizeiarchivs in einem informellen Gespräch mit der Redaktion, auch wenn das Gesetz noch nicht veröffentlicht sei, wisse er doch zumindest um einen Artikelabsatz, der diejenigen Dokumente von der Geheimhaltung ausnehme, die in Zusammenhang stehen mit Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Verletzungen der Menschenrechte. Und auch wenn das gesamte Gesetz möglicherweise löchrig sei, müsse man sich auf diese Details stützen, um ihm den Wert abzurufen, der ihm gebührt. Klar sei indes, dass in diesem Fall das Polizeiarchiv nicht als solches der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden könne, Privatpersonen könnten nur - gemäss Habeas Data - nach Informationen fragen, die ihre Person betreffen.

Mitsamt des Gesetzes ist ein Kredit über US-\$ 74 Mio. vom Kongress für die Umsetzung gebilligt worden. Erster Schritt wird sein, in den diversen staatlichen Institutionen Informationseinheiten einzurichten, sowohl für die Angestellten, als auch für die Bevölkerung. Dies ist der Grund, warum ein Teil des Gesetzes erst in sechs Monaten und nicht wie gewöhnlich nach drei Monaten in Kraft tritt. SkeptikerInnen befürchten indes, dass diese Zeit auch dazu benutzt werden könnte, unangenehme Dokumente noch verschwinden zu lassen.

Meine Revolution, deine Revolution, seine Revolution

In den vergangenen zehn Jahren haben wir im ¡Fijáte! anlässlich des 20. Oktobers, dem Tag, der in Guatemala als "Tag der Revolution" gefeiert wird, immer in etwa dasselbe berichtet: Die Route des Demonstrationzugs, die Reihenfolge der RednerInnen, der pathetische Inhalt der Redebeiträge etc. Nun macht es endlich der Präsident Guatemalas Alvaro Colom möglich, dass wir anlässlich dieses Jahrestages einmal über etwas anderes, Gehaltvolleres, schreiben können. Ist dies die Folge der Vereinigung diverser Linker und ehemaliger VertreterInnen von sozialen Organisationen durch die "sozialdemokratische" Regierung Colom?

Der folgende Artikel ist die Übersetzung eines Textes von Erwin Pérez, Redakteur und Analyst von *Incidencia Democrática*.

In Guatemala ist weder das Finanzsystem in der Krise noch muss die US-amerikanische Botschaft befürchten, dass in unserem Land eine politische Revolution bevorsteht. Dafür findet in diesen Tagen, kurz vor dem 64. Jahrestag der Revolution vom 20. Oktober, ein unübliches Brodeln unter den sozialen Organisationen statt.

Die Marschroute sollte wie immer vom Trébol zum *Platz der Verfassung* gegenüber dem Regierungspalast verlaufen. Dieses Jahr mussten aber die sozialen Organisationen und die Gewerkschaften eine interne Diskussion darüber führen, ob es politisch vertretbar sei, diese Route beizubehalten oder ob man sie nicht besser ändern sollte, um die Veranstaltung nicht in den Dienst der Regierung von Alvaro Colom zu stellen.

Diese hatte nämlich den ganzen Monat daran gearbeitet, die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 20. Oktober unter ihre Fittiche zu nehmen, hat die Revolution und die daraus folgenden demokratischen Veränderungen gelobt und (im wahrsten Sinne des Wortes) auf ihre Fahnen geschrieben. So wurden an den Aussenwänden des Präsidentenpalasts vier enorme Transparente aufgehängt, zwei davon mit den Bildern der ehemaligen Revolutionspräsidenten Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz Guzmán.

Auf den anderen beiden Plastiktransparenten erscheint auf dem einen ein Abdruck des Gedichts "Vom Hirsch und seinen Jägern" von Luis de León und auf dem anderen ein Bild des StudentInnenführers Oliverio Castañeda de León, der präzise am 20. Oktober 1978 von Repressionskräften der Regierung umgebracht wurde. Das Gedicht hatte de León für Oliverio geschrieben. Später wurde auch de León selber Opfer der von der guatemalteckischen Armee protektionierten aussergerichtlichen Mordkampagnen. Am 15. Mai 1984 wurde er am heiterhellen Tag auf einer der belebtesten Strassen der Hauptstadt entführt, gefoltert und im darauffolgenden Juni umgebracht. Sein Körper tauchte nie wieder auf...

Ausser diesen Transparenten, die an einen Teil unserer tragischen und dunklen Geschichte erinnern, erkannte Präsident Alvaro Colóm im Namen des Staates die Verantwortung für die Ermor-

dung von Oliverio Castañeda an. Es war kein protokollarischer Akt, sondern er tat es aus Verbindlichkeit und Engagement, eine Tatsache, die von den wenigsten anerkannt wird. Für den Montag, 20. Oktober, ist ein Konzert mit Protestmusik auf dem Platz der Verfassung geplant, an dem unter anderem "Guaragua" und das "Grupo Quinteto Tiempo" auftreten werden. Weiter soll es eine Ehrung der noch lebenden 44er-Revolutionäre geben.

All diese Aktivitäten gaben den sozialen Organisationen zu denken. Die radikalsten von ihnen vertreten die Meinung, dass es fahrlässig wäre, mit dem Demonstrationzug bis zum Präsidentenpalast zu gelangen, weil so die Arbeit der Regierung anerkannt und legitimiert würde. Es ist nicht abwegig zu denken, dass die Regierung mit diesen Aktivitäten das Ziel verfolge, international ein Bild von einer linken Regierung zu präsentieren. Es ist auch nicht übertrieben zu vermuten, dass die Feierlichkeiten der Revolution dem Moment entspringen und nicht einer definierten politischen Linie, die strukturelle Veränderungen im Land anstrebt. Deshalb braucht sich die US-amerikanische Botschaft auch keine Sorgen zu machen.

Einverstanden, unsere Regierung ist weit davon entfernt, revolutionär zu sein. Aber es muss auch zugegeben werden, dass sie versucht, die Dinge anders anzugehen. Und es muss anerkannt werden (ohne dies werten zu wollen), dass, trotz allem guten Willen der Regierung, etwas an der Ausbeutung und Marginalisierung zu ändern, in der die Bevölkerung steckt, die Verfassung unseres Staates dazu dient, den Kapitalismus zu reproduzieren. Und deshalb ist auch das Wirtschaftssystem der Oligarchen dieses Landes nicht in der Krise.

In Guatemala kann vieles verändert werden, aber unter den aktuellen Umständen strukturelle politische Veränderungen machen zu wollen, ist praktisch unmöglich... mindestens kurzfristig und durch Wahlen. Die Möglichkeiten der Regierung sind begrenzt, und diesen Staat zu lenken, bringt eine Handvoll Probleme mit sich, denn der Staat ist zerstört, ausgeweidet und demontiert von Wirtschaftsmächten, die Guatemala nicht als Land sehen, sondern als Finca. In diesem Denken fand die Gegenrevolution von 1954 statt, und mit dieser Lo-

gik wurde das Militär zum Schutz des oligarchischen Reichtums eingesetzt und das soziale Gefüge durch Repression und Tod zerstört.

Mit dieser Geschichte im Rücken beschlossen die sozialen Organisationen ihren Demozug zum Gebäude der Sozialversicherung IGSS umzuleiten, einer der Errungenschaften der Revolution von 1944, die nicht rückgängig gemacht wurde. Es spielt ihnen keine Rolle, dass offenbar seitens des Militärs regierung-intern Druck ausgeübt wurde, dass die Transparente abgenommen werden - wichtig in der Logik der sozialen Organisationen ist es, sich nicht in den Dienst der Regierung zu stellen. Es spielt für sie keine Rolle, dass eine der Figuren Oliverio Castañeda darstellt, der einen anderen Moment des internen Konflikts repräsentiert und dessen Familie posthum mit dem "Orden de Quetzal" ausgezeichnet wurde, und der Staat somit den Ehrenmut und den Wert der sozialen Kämpfe anerkennt. Und es spielt für sie auch keine Rolle, dass mit dem öffentlichen Zeigen des Gedichts von Luis de León nicht nur das Militär verärgert, sondern auch die Poesie eines indigenen Schriftstellers geehrt wird. Es geht ihnen ausschliesslich darum, sich gegen die Regierung zu stellen.

Es gibt mehr oder weniger verständliche Erklärungen für diese Logik. Viele der sozialen Führungspersonlichkeiten von heute hatten ihre politische Sozialisierung während des bewaffneten Konflikts. Sie wuchsen auf mit dem Bild eines aggressiven und repressiven Staates. Sie waren Opfer des Konflikts, haben Familienangehörige, die verschwunden oder ermordet wurden durch die bewaffneten Streitkräfte des Staates. In diesem Sinne kann man einige der Reaktionen der sozialen Bewegung verstehen.

Es scheint, dass es unter den aktuellen Bedingungen dem Staat möglich ist, die Ermordung Tausender von Campesinos, Indigenen, Männern und Frauen, die Entführung und Folter Tausender von GewerkschafterInnen, JournalistInnen, ArbeiterInnen und Religiösen anzuerkennen. Es ist tröstlich, dass der Staat nicht nur seine Verbrechen anerkennt, sondern auch das Engagement und den Kampf eines Oliverio Castañeda anerkennt. Aber der Präsident könnte mehr tun. Er könnte die Mörder von

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Oliverio vor Gericht bringen, das Militär zwingen, seine Archive offenzulegen. Dann wüssten wir nämlich, welcher Of-

fizier an jenem Tag Dienst hatte, wer den türkisfarbenen Wagen mit dem Nummernschild P-109716 fuhr, von dem aus Oliverio ermordet wurde. Diese Daten existieren, das Militär, das sich als eine In-

stitution ausgibt, in der Ordnung herrscht, kann sie nicht einfach verloren haben. Oder haben sie Angst davor, sich der eigenen, wahren Geschichte zu stellen?

Alfonso Portillo ist wieder da!

Guatemala, 16. Okt. In Sachen Ex-Präsident Alfonso Portillo ist nun eins zum anderen gekommen. Anfang Oktober hatte der mexikanische Oberste Gerichtshof in definitiver Form Portillos Schutzeinsprüche abgelehnt. Daraufhin meldete der sich beim mexikanischen Generalprokurat und erklärte sich bereit, sich der Anordnung der Auslieferung zu stellen und wurde schon am nächsten Tag zum Flughafen bestellt, um nach Guatemala geflogen zu werden. Dort wurde er unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen zum Gericht gebracht, um seine legale Situation im Land zu klären. Mit begeistertem Applaus und Glückwünschen begrüßten ihn SympathisantInnen der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), die ihn 1999 zur Präsidentschaft (2000-2004) brachte. Auch sein ehemaliges Regierungsteam, darunter Ex-Vizepräsident Juan Francisco Reyes López, der Abgeordnete und damalige Kongresspräsident sowie Parteipatriarch Efraín Ríos Montt und der aktuell amtierende Kongresspräsident und stellvertretende Parteigeneralsekretär Aristides Crespo, war zugegen.

Alfonso Portillo verteidigte sich, das ihm von der Staatsanwaltschaft vorgeworfene Delikt der Geldhinterziehung entbehre jeglicher Grundlage, da er als Präsident niemals Staatsressourcen verwaltet habe. Ausserdem habe er sein finiquito vom Rechnungshof. In einer improvisierten Pressekonferenz noch im Gerichtsgebäude behauptete er vielmehr, er sei Opfer einer politischen Verfolgung durch die vorherige Regierung geworden. Er habe sich vorher noch nicht der Justiz gestellt, da die entsprechenden Institutionen unter Druck gesetzt worden waren und eine "politische Lynchjustiz" gegen ihn vorbereiteten.

Die Regierung von Alfonso Portillo Cabrera konstituierte sich mittels einer wahlpolitischen Allianz zwischen ehemaligen Mitgliedern der Christdemokraten und FRG. Zu diesem Bündnis gesellten sich noch Gruppen, die öffentlich weniger bekannt waren, jedoch auf politischen und juristischen Ebenen in Zusammenhang gebracht werden mit dunklen Geschäften und dem organisierten Verbrechen. Laut der Presse gilt die Regierung Portillo als die korrupteste in der Geschichte des Landes. Ihr wird zur Last gelegt, ein ganzes System von parallelen Strukturen aufgebaut zu haben, mittels dem Staatsgelder veruntreut und

zum Schmieren benutzt wurden, das aber auch die Gesetze zurechtinterpretiert und manipuliert hat, um Parteiangehörige zu begünstigen. Dank der Reform des Kongressgesetzes konnte bspw. Ríos Montt wiederholt zum Parlamentspräsidenten gewählt werden, ein Verfassungsgerichtsentscheid ermöglichte es demselben, wieder für die Präsidentschaft der Republik zu kandidieren, obwohl das denjenigen untersagt ist, die vormalig an einem Putsch beteiligt waren; und auch das Polizeigesetz war geändert worden, um jemanden als PolizeidirektorIn einsetzen können, obwohl er/sie keine polizeiliche Ausbildung und Karriere hat.

Darüber hinaus sorgte Portillo für eine Konfrontation zwischen Staat und Unternehmensspitze, ohne dass dies durch die Sorge um die Armen im Land bedingt war. Gleichwohl wurde unter Portillo jedes Jahr der Mindestlohn erhöht und der Import einiger Nahrungsmittel und Produkte ermöglicht, wodurch manches nationale Monopol aufgebrochen wurde. Als bedeutsam ist wohl einzuordnen, dass Portillo die mächtigen Familien im Land gezwungen hat, tatsächlich Steuern zu zahlen.

Alfonso Portillo verliess am 18. Februar 2004 Guatemala Richtig Mexiko, seinem Herkunftsland, einen Monat, nachdem Oscar Berger die Amtsführung übernommen hatte. Obwohl bereits vorher Stimmen gegen ihn laut geworden waren, wurde erst am Mitte 2005 gegen Portillo ein Haftbefehl ausgestellt. Der Grund: Eine Überweisung von 120 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 16,3 Mio.) vom Finanz- ans Verteidigungsministerium im Februar 2001. Zwar wurde diese Zahlung laut Staatsanwaltschaft vom Militär gerechtfertigt mit Armeeausgaben, doch gingen 37 Mio. bei der staatlichen *Kredit- und Hypothekenbank* (CHN) ein, um Schulden von José Armando Llorca Quiñonez zu begleichen, ehemaliger Geschäftsführer dieser Bank und flüchtig.

Entsprechend kritisch wurde die Meldung aufgenommen, dass der Strafrichter Julio Jerónimo Shetumul den Rechtsprozess gegen Portillo, den viele GuatemaltekenInnen für dringend erforderlich halten und der den Ex-Präsidenten mit dem unsauberen Umgang mit öffentlichen Geldern während seiner Amtszeit in Verbindung bringt, gleich wieder suspendierte, indem er den Angeklagten kurz nach dessen Ankunft gegen ein Bussgeld von 1 Mio. Quetzales auf frei-

en Fuss setzte. Dieses Geld ist sofort dank Unterstützung einiger Freunde Portillos gezahlt worden.

Sowohl das guatemaltekeische *Nationale Generalprokurat* (PGN) als auch die Staatsanwaltschaft bereiten gerade die Anfechtung gegen das angesetzte Bussgeld vor, das gemäss der Anwältin und Leiterin der Rechtsabteilung des Generalprokurats, Claudia Bracamonte, mindestens der Höhe des Geldes entsprechen müsse, die den Staatsbetrug ausgemacht hatte, sprich 12 Mio. Quetzales. Dabei ist die CHN-Affäre nur ein Vorwurf von mehreren gegen Portillo, die sich nicht nur auf die Veruntreuung von Staatsgeldern beziehen.

Neun Militärs sind ebenfalls in den CHN-Fall der Geldhinterziehung involviert, gegen die seit 2005 Ermittlungen und Verhaftungsanordnungen ausstehen. Mit der Auslieferung Portillos hofft man nun, dass die strafrechtliche Verfolgung u.a. gegen die Ex-Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs und Alvaro Lionel Méndez Estrada und diverse Zuständige aus dem Finanzressort der Verteidigung, darunter auch Enrique Ríos Sosa, Sohn von Efraín Ríos Montt, doch wieder aufgenommen werde.

Abgeordnete des Kongresses, Unternehmenkreise und VertreterInnen der Zivilgesellschaft betrachten mit Skepsis das Arrangement: dass sich der Ex-Präsident gestellt hat, er ausgeliefert und ihm ein Bussgeld anstelle einer Verhaftung auferlegt wurde. Otto Pérez Molina, Generalsekretär der *Patriotischen Partei* (PP), sieht darin Anlass für Spekulationen hinsichtlich der Personalwechsel in der Staatsanwaltschaft. Carmen Aída Ibarra von der *Myrna Mack-Stiftung* meint derweil: "Es scheint, dass es Vereinbarungen gegeben hat, dass sie ihm eine Resolution anhängen, die ihm nicht schadet. Und das hat seine Entscheidung, zurückzukommen, beschleunigt." Schlicht ein weiterer Beweis für die Straflosigkeit in Guatemala.

Auch der Kommentar von Präsident Álvaro Colom spricht dafür, dass es Absprachen mit Portillo gegeben hat. In einer Fernsehansprache rief Colom dazu auf, die Justiz zu achten und niemanden zu beschuldigen, der nicht von einem Gericht verurteilt worden ist. Der Rechtsstaat müsse respektiert werden, forderte er von denjenigen, die die Umstände von Portillos Rückkehr in Frage stellen.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Gestern träumte ich von Nero

Durch die Fenster eines hohen Gebäudes der Wall Street drang das Getöse ihres Festes zu uns in die dunkle Strasse hinunter. Wir wussten nicht genau, ob dort oben eine Orgie oder eine Tragödie stattfand. Sie waren in teure Jacken gehüllt, die so schwarz wie Öl waren, ihre Hemden waren rot wie das Blut; es hätte das Blut aus dem Irak, aus Afghanistan, dem Mittleren oder Nahen Osten, aus Korea, Vietnam, dem Balkan, Angola, Algerien, dem Sudan, Ruanda, Zaire, aus Chile, Argentinien, Grenada, Panama, El Salvador, aus Nicaragua oder Guatemala sein können. Sie schrien einander an, gestikulierten, rannten durcheinander, wälzten sich auf dem Boden herum; doch sie sprachen nicht in Worten, sondern stiessen nur komische Laute aus, die nichts bedeuteten - am wenigsten die Wahrheit. Sie glichen degenerierten Wesen. Alle hielten sie stolz stapelweise Pergamentpapiere in ihren Händen, die Banknoten oder Schecks glichen, aber es war die Haut von Millionen hungriger Menschen des gesamten Planeten. Einige sangen, die Arme über ihren Köpfen schwenkend: *In Free Market We Trust*.

Ich sah Nero, der um Ruhe bat, um sein Lied über den Brand der Zwillingstürme zu singen, die auf sein Geheiss hin niedergerissen wurden mit dem Ziel, die Muselmänner dafür verantwortlich zu machen, gegen sie einen Krieg zu beginnen und ihnen das Öl zu rauben. Niemand hörte Nero zu, der sabbernd gleichzeitig zu lachen und zu weinen begann. Er sah blöd aus, wie eine Witzfigur.

Dann geschah etwas Ungewöhnliches: Eine immense Welle von Banknoten oder Schecks, die keine Schecks waren, sondern jene pergamentähnlichen Stücke Haut von hungrigen Menschen, überflutete alles, den Himmel und die Strassen der grossen Stadt. Die Flut wuchs unaufhaltsam und bedrohend, in donnernder Stille. Und überflutete jenes hohe Gebäude der Wall Street. Die degenerierten Wesen blickten auf ihre Hände und versuchten, die Noten und Schecks, die keine Schecks waren, sondern Stücke von Haut hungriger Menschen, von sich zu schleudern, doch es ging nicht. Und so blieben sie zurück, begraben unter dem Tod, den sie selber fabriziert hatten. Plötzlich herrschte abgrundtiefe Stille hinter jenen Fenstern. Eine Stille wie nach einer Urteilsverkündung.

Ich weiss schon, dass die Träume oft das Gegenteil der Realität sind. Aber sie sind frei, vielleicht das Freieste, was

wir Menschen produzieren. Deshalb habe ich mich beeilt, diesen Traum niederschreibend festzuhalten, wie eine kurzlebige freie Perle.

Nach der Stille, welche der Tsunami aus Banknoten und Schecks, die keine Schecks sind, sondern Stücke von Haut hungriger Menschen, habe ich Erleichterung verspürt beim Lesen eines Briefes, den Pérez Esquivel an den demokratischen Kandidaten Barack Obama geschrieben hatte: *Die US-Militärbasen in Lateinamerika tragen nicht zu Frieden und Sicherheit auf diesem Kontinent bei, ebenso wenig die Reaktivierung der IV. Flotte in den lateinamerikanischen Gewässern. Eine weitere ernste Situation ist die Gewalt des kolumbianischen Staatsterrors. Seine Lösung muss politisch und nicht militärisch sein. Ein altes Problem, immer noch aktuell und ungelöst, ist das fast 50-jährige, unmoralische und ungerechte Embargo gegen Kuba. Es ist Ausdruck einer Aggressionspolitik der USA und verletzt die Resolutionen und Empfehlungen der Vereinten Nationen.*

Erleichterung verspüre ich auch wegen der massiven Unterstützung des bolivianischen Volkes für ihren Indio-Präsidenten, Evo Morales, der sich mit Eleganz seiner eigenen Herausforderung, einem demokratischen Referendum über seine Absetzung, stellte. Wer ausser ihm würde sich zu so etwas trauen? Erleichterung auch über die ebenfalls massive Annahme der neuen Verfassung durch die ecuadorianische Bevölkerung, die unter anderem ausschliesst, dass auf ecuadorianischem Boden ausländischen Militärbasen stationiert werden dürfen, und sich für den Schutz und die Rechte der Umwelt und ihrer Zyklen stark macht. Erleichterung, weil immer mehr lateinamerikanische Völker und Kollektive dem Imperialismus der *Gringos* widerstehen. Ein bewegter Applaus für das kubanische Volk, dem eine Pionierrolle zukommt.

Aber hier ist unser Guatemala, beschlagnahmt bereits viele Jahre bevor es als Staat geboren wurde und heute konvertiert in ein Paradies für Megaprojekte transnationaler Unternehmen, die sich mit dem lokalen Grosskapital verbündet haben. Don Pedro de Alvarado reitet erneut durch unser Land und wirbt für eine eigentümliche Version von Entwicklung: Freier Markt, ausländische Investition und keinerlei staatliche Regulierung. Oder mit anderen Worten: Absolute Privatisierung des Gewinns einiger weniger.

Es heisst, indem diese Geschäfte

eingeleitet würden, bekämen unsere Regierungen eine Chance. Ebenso für das Geschäft mit der Sicherheit. Präsident Colom schlägt eine Erhöhung des Budgets vor, um Sicherheit zu gewährleisten, denn *die Sicherheit liegt sterbend auf der Intensivstation* (Prensa Libre, 3.10.2008). Und wenn wir dies lesen, können wir uns das schlitzohrige Lächeln der Sicherheitsmagnaten vorstellen und ihren Wunsch, dass dies noch viele Jahre so bleibt. Tatsächlich kann man feststellen, dass das Unsicherheitsgefühl der BürgerInnen parallel zu den Einnahmen der privaten Sicherheitsunternehmen und der Erhöhung des Verteidigungsbudgets steigt

Was hingegen täglich nachlässt, ist das staatliche Sicherheitssystem. Und es scheint fast, dass daran die Besitzer unseres Landes ihre geheime Freude haben. Mit welcher Lust zeigen die Medien auf, wie die Polizei ist: beschämend, unpräzise. Aber erstaunlich: Über die Miliz und die mehr als 200'000 Angestellten privater Sicherheitsfirmen gibt es offenbar nichts zu sagen.

Und auch wenn die Sicherheit nichts nützt, wenn die Justiz nicht funktioniert, scheint sich unser Präsident keine Sorgen zu machen um das nicht funktionierende Justizsystem. Im Gegenteil, er schlägt eine Erhöhung von 3 Milliarden Quetzales für das Sicherheitsbudget vor und dafür eine Kürzung um ein Drittel im Gesundheitswesen. Um es anders zu sagen: Um das Geschäft mit der Sicherheit zu garantieren, werden nächstes Jahr jeden Tag Tausend Notfälle in unseren Spitälern nicht behandelt und zweitausend externe Behandlungen nicht durchgeführt, wird eine von drei Personen, die es nötig hätten, nicht hospitalisiert und werden mehr als eine Million Personen keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben (Zahlen vom FNL, 25. September 2008). Ehrlich gesagt: Wer befindet sich da auf der Intensivstation? Es wird weitergehen wie bisher: die Kranken stellen ihre Diagnose selber und verschreiben sich ihre Medizin in den Apotheken, solange es ihr Portemonnaie erlaubt.

Wenn aber unsere Banker vom Tsunami der Wall Street überrollt werden, werden sie uns unbedeutende SteuerzahlerInnen darum bitten, dass wir mit öffentlichen Geldern ihre goldenen Fallschirme finanzieren, damit sie sich beim Sturz nicht verletzen. Sozialistische Republik ... die Verluste zu sozialisieren. Meine Güte!

Ich befürchte, wieder von Nero zu träumen, wie er da oben Harfe spielt.